

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

"Partnerschaft ins 21. Jahrhundert": Jelzin auf China-Besuch

Vom 24. bis 26. April hielt sich der russische Präsident Jelzin in Beijing auf und reiste anschließend nach Shanghai weiter, wo es am 26. April zur Unterzeichnung eines Fünf-Länder-Grenz- und Sicherheitsabkommens kam, an dem Rußland, China, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan beteiligt waren.

Schon im Vorfeld dieser Visite, die zur Begründung einer sog. "Strategischen Partnerschaft" führen sollte, war es zu einer Reihe von hohen Besuchen gekommen. U.a. hatte der Präsident des NVK - und Rivale Jiang Zemin um die Führung in der VR China -, Qiao Shi, Rußland besucht, und zwar vom 31.3. bis 5.4.96. (XNA in SWB, 9.4.96) (31.3.-5.4., XNA, 1., 3. und 4.4.1996) Jelzin hatte China bereits 1992, Jiang Zemin und Li Peng Rußland i.J. 1995 besucht.

Mehrere Themen wurden bei den Treffen mit führenden chinesischen Politikern erläutert, u.a. die Begründung einer "Strategischen Partnerschaft auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vertrauens im Hinblick auf das 21. Jh.", die Einrichtung eines "heißen Drahts" zwischen dem Kreml und Zhongnanhai, die Ablehnung der NATO-Osterweiterung auch durch China, der Ausbau vertrauensbildender Maßnahmen zwischen den beiden Nachbarn, die ein für allemal den Verdacht beseitigen sollten, daß der eine für den anderen eine Bedrohung sein könne, die Ein-China-Theorie Beijings, die Jelzin erneut zu der Versicherung veranlaßte, daß Rußland in keiner Form offizielle Beziehungen mit Taiwan aufnehmen wolle, sowie nicht zuletzt das Versprechen Chinas, Rußland bei seiner Bewerbung um Mitgliedschaft in der APEC zu unterstützen. Auch die Tschechien-Frage kam zur Sprache, wo-

bei sich Jelzin mit seinem chinesischen Partner auf die Wortregelung einigte, daß es sich hier um eine innere Angelegenheit Rußlands handle, in die sich kein fremder Staat einmischen dürfe.

Beide Seiten waren sich auch darin einig, daß ihr gegenwärtiges bilaterales Handelsvolumen im Werte von 5,5 Mrd.US\$ (Stand: 1995) auf 20 Mrd. US\$ gesteigert werden solle - ein Zeitrahmen hierfür wurde allerdings nicht aufgestellt.

Hatte noch Mao Zedong damit gedroht, daß die Feindschaft mit der Sowjetunion 10.000 Jahre dauern werde und daß China notfalls davon vielleicht 1000 Jahre abziehen könne, so heißt es jetzt, daß gegenseitige Vertrauensbildung über allem stehe und daß ganz in diesem Sinne auch ein regelmäßiger Besuchs- und Austausch stattfinden solle, damit eventuelle Mißverständnisse schon vorweg beseitigt werden könnten - zusätzlich zum "heißen Draht", der zwischen dem Kreml und dem Zhongnanhai einzurichten sei.

Am 25. April unterzeichneten beide Seiten ein Dutzend Dokumente, die der "strategischen Partnerschaft" Rückhalt geben sollen, nämlich

- Einrichtung eines "heißen Drahts".
- Vereinbarung über die friedliche Nutzung von Nuklearenergie. Rußland und China verhandeln gegenwärtig über den Bau eines 1.000-MW-KKW in Nordostchina im Werte von rund 5 Mrd.US\$.
- Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Ausbeutung von Energiequellen. U.a. wollen beide Seiten gemeinsam nach Naturgas in Ostsibirien suchen.
- Zusammenarbeit bei den beiderseitigen Raumprogrammen.
- Urheberrechtsschutz.
- Kampf gegen organisierte Kriminalität.
- Zusammenarbeit beim Umweltschutz entlang der 4.300 km gemeinsamen Grenze.
- Zusammenarbeit in Währungsfragen.
- Zusammenarbeit beim Kampf gegen unlauteren Wettbewerb und gegen Monopole.
- Zusammenarbeit beim Kampf gegen Drogenhandel.

- Zusammenarbeit im Sport.
- Zusammenarbeit in Fragen der nuklearen Sicherheit.
- Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Handelsbereich. (XNA, 26.4.96)

Jiang Zemin wies darauf hin, daß die sino-russischen Beziehungen auf einer vierfachen Plattform beruhen: Erstens habe keiner von beiden einen größeren Nachbarn. Zweitens gebe es auf beiden Seiten einen riesigen Markt für die Güter des anderen. Drittens gehörten beide dem ständigen Ausschuss des UNO-Sicherheitsrates an, und viertens bestehe zwischen dem chinesischen und dem russischen Volk eine "Tradition der Freundschaft". (XNA, 25.4.96) Keine Rede von den 25 Jahren "Erzfeindschaft", die das Verhältnis beider Nachbarn zwischen 1960 und 1985 vergiftet hatten!

Am 25. April wurde - als Höhepunkt der Jelzin-Visite - eine "Gemeinsame Erklärung der Volksrepublik China und der Russischen Föderation" unterzeichnet, die auf drei Fragen einging, nämlich die bilateralen Beziehungen, den internationalen Frieden und die Kooperation im asiatisch-pazifischen Bereich. Bilateral wollten beide eine "strategische Partnerschaft der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit im Hinblick auf das 21. Jh. entwickeln", eine Formel, die China bereits beim Verhältnis gegenüber Japan aufgegriffen hatte. Die neue "Gemeinsame Erklärung" stehe ganz im Geist der entsprechenden Grundsatzserklärungen vom 18. Dezember 1992 und vom 3. September 1994. Beide Seiten wollten fortan in regelmäßigen Gesprächskontakten bleiben.

Beide Seiten wollten auch die Vereinbarungen über die Ostgrenze zwischen China und Rußland (unterschrieben am 16.5.91) und über die Westgrenze (unterzeichnet am 3.9.94) strikt einhalten. Die Grenzvermessung und die Aufstellung von Grenzsteinen solle fortgesetzt werden. Die Tschechien-Frage sei eine innere russische, die Taiwan- und Tibet-Frage eine innere chinesische Angelegenheit. Der bilaterale Handel solle nach Überwindung des 1994er Tiefs schnell ausgebaut werden. Zwischen beiden Seiten bestünden Beziehungen im Geiste der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz".

Beide Länder wollten ihre wissenschaftlich-technologische und ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter ausbauen,

vor allem in den Bereichen Energie, Maschinenbau, Luft- und Raumfahrt, Landwirtschaft, Kommunikation und Hochtechnologie.

Beide Seiten wollten auch weiterhin strikt am Abkommen vom 3. September 1994 festhalten, indem sie das Versprechen abgegeben haben, sich gegenseitig nicht mit strategischen Waffen zu bedrohen und nicht als erster Atomwaffen gegen den anderen einzusetzen. Der Vertrauensbildung im militärischen Bereich diene auch die Reduzierung der Streitkräfte in den Grenzgebieten sowie die Zusammenarbeit im Bereich der Militärtechnologie, die sich in keinem Fall gegen irgendein Drittland richte. Diese Kooperation müsse deshalb transparent gestaltet werden.

Was Punkt 2, nämlich den internationalen Frieden und die Entwicklung anbelange, so sei überall der Trend zu einer multipolaren Welt spürbar. Trotzdem gebe es immer noch Ansätze zu Hegemonismus, Machtpolitik und zur Ausübung von Druck auf andere Länder sowie Ansätze zu einer neuen Blockpolitik. Beide Seiten müßten sich solchen Tendenzen widersetzen.

Beide Seiten unterstrichen ferner ihre Bereitschaft zu aktiven Gesprächen über Fragen der strategischen Stabilität, der Abrüstung und des Abbaus von Nuklearwaffen. Beide befürworteten noch entschiedenere Maßnahmen gegen ABC-Waffen. Hierbei komme der UNO ein überragender Stellenwert zu. Friedenserhaltende Aktionen auf der Basis der UNO-Charta müßten den Prinzipien der Unparteilichkeit, der Neutralität und der Nichteinmischung gehorchen. Bei der Durchführung friedenserhaltender Aktionen dürfe es keine "zwei Standards" geben. Beide Seiten träten für die Gründung einer neuen internationalen wirtschaftlichen Ordnung auf der Basis einer fairen und allen Seiten nützlichen Kooperation ein. Beide Seiten wendeten sich entschieden gegen den Terrorismus und wollten bei der Sicherung der Weltschifffahrt zusammenarbeiten. Kooperation solle auch bei der Ozeanographie, der Meteorologie, der Seismologie, der Katastropheneindämmung, bei Schiffsrettungsoperationen und nicht zuletzt beim Umweltschutz stattfinden.

Drittens seien beide Seiten entschlossen, über bilaterale und regionale Kontakte mit den Ländern der asiatisch-pazifischen Region Sicherheitsarrangements zu treffen. China wolle die Aufnahme Rußlands in die APEC unterstützen. (XNA, 26.4.96)

Das Fünf-Länder-Abkommen zwischen Rußland, China, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan, das am 26. April in Shanghai unterzeichnet wurde, wurde von allen Seiten als ein "politisch-militärisches Dokument" bezeichnet, mit dem sich die Beteiligten der asiatisch-pazifischen Region zuwendeten und dem deshalb wahrhaft historische Bedeutung zukomme. (XNA, 27.4.96) China teile mit seinen vier Nachbarstaaten eine Grenze von über 7.000 km und hoffe, daß in diesem Bereich künftig alle auch nur von ferne auftauchenden Konflikte sofort durch friedliche Konsultationen entschärft werden könnten.

Der Begriff "strategische Partnerschaft" ist wohl eher als Bekundung zur umfassenden Zusammenarbeit, als im militärischen Sinne zu verstehen. Bei einer militärischen Auslegung müßte man so gleich fragen, *gegen* wen sich das Bündnis richten solle, etwa gegen die USA, mit der man ja doch gerade im Rahmen der APEC künftig enger kooperieren will!?

Ferner dürfte es wohl eher um eine Minimierung von bilateralen Risiken als um eine Maximierung der Zusammenarbeit gegangen sein. Anders als in den frühen 50er Jahren betrachten sich beide Seiten ja nicht mehr als Schicksalspartner; vielmehr sind für sie andere Mächte weitaus wichtiger, vor allem soweit es um wirtschaftliche und technologische Kooperation geht. -we-

Innenpolitik

*(2)

Unruhe in der Armee: Disziplinierungsappelle und Verschwörungsgerechte

Die *Zeitung der Volksbefreiungsarmee (Jiefangjun Bao)* ist in den letzten Monaten zu einem politisch brisanten Medium in der Volksrepublik China geworden: In zahlreichen Artikeln wird nicht nur eine verstärkte Modernisierung der chinesischen Streitkräfte (insbesondere der Luftwaffe) gefordert und der militärtechnologische Rückstand beklagt. (JFJB, 7.4.96; SCMP, 8.4.96) Die Armeezeitung vertritt zugleich einen offensiven Nationalismus mit anti-westlicher Stoßrichtung und ein striktes Festhalten an sozialistischem System und marxistisch-leninistischer Ideologie.

So wurde etwa in einer Artikelserie von Anfang April an die westliche parlamentarische Demokratie als Instrument kapitalistischer Ausbeutung und als ineffizientes System endloser "Diskussionen ohne Entscheidungen" heftig attackiert (der jüngste amerikanische Budgetstreit wurde als Beispiel aufgeführt). Mitte April ging die Armeezeitung noch weiter, indem sie nicht näher konkretisierte Kräfte in Partei, Staat und Gesellschaft Chinas dafür kritisierte, eine "totale Verwestlichung" und eine Übernahme des kapitalistischen Systems zu unterstützen. (JFJB, 15.4.96)

Die Zeitungsbeiträge sind Teil einer inermilitärischen Kampagne, die auf die ideologisch-politische Disziplinierung unter hochrangigen Offizieren in Volksbefreiungsarmee und Bewaffneter Volkspolizei gerichtet ist. Die Vorstöße der in den letzten Jahren politisch nur selten hervorgetretenen Armeezeitung dürften auch mit einem Redaktionsbesuch des KP-Generalsekretärs und Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission Jiang Zemin zusammenhängen, der im März zu besonderen Anstrengungen im Kampf um die politisch-ideologische Reinheit in der Armee aufgerufen hatte.

Mangelnde ideologische Linientreue und politische Loyalität der Armee stellen in den Augen der Beijinger Parteizentrale offenkundig ein Problem dar. Nur selten sind bisher allerdings offene Widerstandsakte innerhalb des Militärs gegen die politische Autorität der kommunistischen Partei bekannt geworden. Im April verbreitete die in Hongkong erscheinende Zeitung *Eastern Express* Nachrichten über eine inermilitärische verschwörerische Gruppierung, die in den letzten Monaten in der VR China zerschlagen worden sein soll: Wegen Mitgliedschaft in einer "konterrevolutionären", also auf den Sturz der kommunistischen Regierung gerichteten Organisation namens "Machtbund zur Volksbefreiung" seien im März 39 Offiziere der Volksbefreiungsarmee hingerichtet, 41 weitere zu lebenslanger Haft verurteilt worden. (SZ, 19.4.96; FAZ, 20.4.96) Über die politischen Absichten der Oppositionsgruppe, die offenbar auch Waffen horstete, machte die Hongkonger Zeitung keine näheren Angaben. Die Authentizität der Hongkonger Meldung ist bislang nicht durch andere Quellen bestätigt worden.

Ob authentisch oder nicht: in der Armee, insbesondere unter den mittleren Offiziersrängen, scheint es zu gären.